

Antworten von Kevin Hönicke – SPD

1. Vorstellung

Mein Name ist Kevin Hönicke, ich bin 33 Jahre alt und lebe seit meiner Geburt in Berlin. Geboren in Friedrichshain und nach Wohnorten in Marzahn und Hellersdorf lebe ich nun mittlerweile seit 10 Jahren in Lichtenberg. Ich bin verheiratet, habe einen kleinen Sohn und lebe mit meiner Familie in Lichtenberg. Aufgewachsen bin ich als Sohn einer alleinerziehenden Mutter und mit zwei Geschwistern in Marzahn-Hellersdorf. Nach einer Ausbildung zum Kfz-Mechaniker habe ich – als erster aus meiner Familie – auf dem zweiten Bildungsweg mein Abitur gemacht, studiert und unterrichte jetzt Mathematik und Physik an einem Berliner Gymnasium. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie schwer es ist, den von der Politik so oft beschworenen „Aufstieg durch Bildung“ zu bewerkstelligen. Der Einsatz für Bildungsgerechtigkeit hat daher für mich große Bedeutung und ist ein zentraler Antrieb für meine politische Arbeit. Außerdem geht es mir darum, den Rechtsruck, der weite Teile Europas erfasst hat, in Deutschland aufzuhalten und dem Populismus erfolgreich den Kampf anzusagen. Ich möchte mehr Gerechtigkeit und konkrete Verbesserungen im Alltag für alle Lichtenbergerinnen und Lichtenberger erreichen und bitte deswegen um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme bei der Bundestagswahl.

2. Soziales

Mehr Gerechtigkeit – das ist mein wichtigstes politisches Ziel. In Deutschland geht es an vielen Stellen noch immer ungerecht zu. In der Vergangenheit wurden – oft auf Initiative der SPD – bereits viele Maßnahmen ergriffen, um die Gerechtigkeit im Land zu erhöhen. Die Einführung des Mindestlohns 2013 gehört dazu, auch wenn er noch zu niedrig ist. Dennoch gibt es noch viele Herausforderungen – dazu gehören auch Korrekturen an der Agenda 2010. Wir brauchen eine Verlängerung der Bezugszeit von Arbeitslosengeld I und eine Erhöhung des Schonvermögens. Ich bin auch für einen Verzicht auf Sanktionen bei Hartz IV. Wir brauchen schnellstmöglich eine Rentenangleichung in West und Ost. Ferner sollte das Ehegattensplitting durch ein Kindersplitting ersetzt werden. Und wir brauchen mehr Solidarität für alleinerziehenden Eltern und Menschen, die ihre Eltern pflegen. Die deutsche Bevölkerung wird immer älter. An diese demografische Entwicklung müssen die sozialen Systeme angepasst werden. Dabei stehen zwei zentrale Herausforderungen für mich im Vordergrund. Zum einen die Leistungen der gesetzlichen Rente sichern und gleichzeitig das Rentenniveau stabilisieren. Wir haben einen konkreten Vorschlag dazu gemacht: Das Niveau der gesetzlichen Rente bis 2030 mindestens auf dem heutigen Niveau von 48% stabilisieren. Gleichzeitig den paritätisch gezahlten Beitrag nicht über 22% steigen lassen. Zum anderen müssen wir einen neuen Generationenvertrag aushandeln. Das Leitbild muss sein, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Beispielsweise durch mehr Angebote zur Qualifizierung, ein kinderfreundliches Umfeld, aber auch familienfreundliche Lebensarbeitszeitmodelle und eine systematische Einwanderungspolitik, um einem Arbeitskräftemangel vorzubeugen.

3. Arbeitsmarkt

Von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird mehr und mehr Flexibilität erwartet – diese Flexibilität darf aber nicht zulasten der Familie gehen, sondern muss sich auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer positiv auswirken.

Eines meiner zentralen Anliegen ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als Sohn einer alleinerziehenden Mutter weiß ich, wie schwer es vor allem für Alleinerziehende ist, Arbeit und Kinder unter einen Hut zu bringen. Alleinerziehende müssen wir finanziell entlasten – zum Beispiel durch Verbesserungen bei Regelungen zum Unterhaltsvorschuss – und unterstützen – zum Beispiel durch den Ausbau von flexiblen und wohnortnahen Kinderbetreuungsangeboten. Denn für Frauen darf ein Kinderwunsch kein Karrierekiller sein – das gleiche gilt für Männer, die in Elternzeit gehen wollen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für ein Kind eine berufliche Auszeit nehmen, müssen sicher sein können, danach ohne Abstriche wieder in ihren Beruf einsteigen zu können.

Menschen mit geringem Einkommen müssen wir entlasten und finanziell besser stellen – zum Beispiel durch eine Erhöhung des Mindestlohns. So beugen wir auch Kinderarmut vor. Ferner plädiere ich für Korrekturen an der Agenda 2010. Wir brauchen eine Verlängerung der Bezugszeit von Arbeitslosengeld I und eine Erhöhung des Schonvermögens. Ich bin auch für einen Verzicht auf Sanktionen bei Hartz IV. Nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ setze ich mich für mehr Lohngerechtigkeit ein. Dazu gehört ein besserer Schutz für von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern sowie von Werkvertragsnehmerinnen und Werkvertragsnehmer. Leiharbeit muss ab dem ersten Tag genauso vergütet werden, wie in der Stammbesellschaft. Der Missbrauch von Werkverträgen muss endlich gestoppt werden. Wir wollen deswegen unter anderem die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen ausbauen. Arbeit muss einem aber ermöglichen, sicher für die Zukunft zu planen. Daher werden wir die sachgrundlose Befristung abschaffen und Sachgründe für eine Befristung einschränken.

4. Steuern

Steuern sind wichtig für den Staat. Nur so kann er beispielsweise in Schulen, in die Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme investieren. Aber für uns ist wichtig, dass nicht alle Menschen gleich viele Steuern zahlen müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittleren und kleinen Einkommen und vor allem Familien und Alleinerziehende sollen weniger zahlen. Menschen mit sehr hohem Vermögen sollen hingegen mehr zahlen. Ich finde, dass unser Konzept für ein neues und modernes Steuersystem gerecht ist. Wir stärken Familien und Menschen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, wir unterstützen Alleinerziehende und Menschen die bspw. ihre Eltern pflegen und wir fordern eine solidarische Gesellschaft. Mit dem Konzept der SPD werden Steuern zum einem solidarischen Gesellschaftsbeitrag.

5. Wirtschaft

Karlshorst ist einer der dynamischsten Stadtteile Berlins. Im Südwesten und Osten gibt es große Bauprojekte, deren Entwicklung den bestehenden Wachstumstrend fortführen werden. Angesichts des schon jetzt großen Mangels an Grünflächen und Schulplätzen möchte ich allerdings nur dort wirtschaftliche Impulse setzen, wo dies nicht zulasten von bestehenden wohnortnahen Freiflächen geschieht. Dies gilt vor allem für die Gewerbegebiete rund um Köpenicker Chaussee und Blockdammweg. Ich möchte Vattenfall dazu bringen, eine klare Zukunftsstrategie für ihren Kraftwerksstandort zu entwickeln. Wenn sie das nicht schaffen, sollte das Gelände von der öffentlichen Hand aufgekauft, ertüchtigt und möglichst produzierendem Gewerbe zum Verkauf angeboten werden. Hier könnte man ein mittelgroßes Unternehmen von Weltmarktrang etablieren, um das herum sich weitere kleinere Zulieferer ansiedeln. Es gibt nur noch wenige Gewerbeflächen dieser Größenordnung in Berlin, auf denen so ein attraktives Flächenmanagement möglich ist. So kommen Arbeitsplätze nach Karlshorst. Auch für die Gaswerkssiedlung muss eine langfristig beständige, denkmalgerechte Nutzung gefunden werden.

Verwaltungsmodernisierung bedeutet Verwaltungsdigitalisierung. Wir brauchen innerhalb der Behörden schnellere Abläufe. Es wird noch immer viel zu viel Papier von einem Haus zum anderen bewegt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei komplizierten Fällen zu etlichen Ämtern gehen, bei denen es oft ärgerliche Wartezeiten gibt. Wir müssen möglichst schnell dahin kommen, dass die Ämter untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern digital kommunizieren. Wir müssen alle unsere Behördenangelegenheiten künftig von zuhause aus und rund um die Uhr erledigen können. Die bestehenden Anlaufstellen bei den Behörden müssen aber erhalten bleiben, um Menschen ohne Computer auch weiterhin ihre gewohnten Wege zu ermöglichen. Hier wird durch die Digitalisierung das vorhandene Personal auch wieder mehr Zeit haben, sodass alle profitieren.

6. Bauen / Verkehr / Umwelt

Die Frage selbst beinhaltet schon das Ziel, wenn es um Verkehrsplanungen geht. Es muss eine gerechte Teilhabe der verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer geschaffen werden. Dazu gehört auch eine vermehrte Kontrolle von Regelverstößen, wie beispielsweise das Parken in der zweiten Reihe. Dazu muss mehr Personal eingestellt werden und noch verstärkter auf die Gefahren

hingewiesen werden. Die Tangentialverbindung Ost (TVO) ist eines der zentralen Verkehrsvorhaben für Lichtenberg und wird nach ihrer Fertigstellung zu einer nachhaltigen Entlastung für Karlshorst vor allem vom Durchgangsverkehr führen. Umso wichtiger ist es, dass es jetzt schnell zu einer Planfeststellung kommt und das Planfeststellungsverfahren durch den Senat zügig vorangetrieben wird. Da es sich um eine Aufgabe des Landes Berlin handelt, ist eine direkte Einflussnahme auf Planung und Umsetzung schwer. Als Bundestagsabgeordneter für Karlshorst werde ich selbstverständlich dennoch meinen Einfluss geltend machen, um gegenüber dem Senat deutlich zu machen, wie wichtig die Realisierung der TVO für Karlshorst und Lichtenberg insgesamt ist. Die rot-rot-grüne Koalition in Berlin setzt sich gegenüber der Deutschen Bahn für einen möglichst langen Betrieb des Regionalbahnhofs Karlshorst ein – so steht es im Koalitionsvertrag. Daran werde ich als Bundestagsabgeordneter den Senat messen. Der Regionalbahnhof Karlshorst ist insbesondere als Zubringer zum Flughafen BER eine wichtige Ergänzung – nicht nur für Karlshorst selbst, sondern auch für andere wachsende Teile Lichtenbergs und Treptow-Köpenicks. Um den Regionalbahnhof erhalten zu können, sind allerdings weitgehende Sanierungsmaßnahmen erforderlich; insbesondere muss Barrierefreiheit hergestellt werden. Gegenüber der Deutschen Bahn werde auch ich mich dafür einsetzen, dass der Regionalbahnhof zukunftsfest gemacht wird. Der Flughafen Tegel hat den Berlinerinnen und Berlinern jahrelang gute Dienste geleistet. Doch nun ist es an der Zeit, ihn zu schließen. Sobald der BER fertiggestellt ist, muss Tegel geschlossen werden. Das wichtigste für mich ist, dass auf der dann zur Verfügung stehenden Fläche bis zu 9.000 Wohnungen entstehen können, wovon die Hälfte von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften gebaut wird. Wir benötigen diese Wohnungen dringend, damit die Mieten wieder günstiger werden. Hinzukommt, dass wir mit der Entwicklung der Tegel-Fläche zu einem High-Tech-Standort Arbeitsplätze für 20.000 Menschen schaffen. Diese positiven Aussichten und guten Gründe für die Tegelschließung täuschen natürlich nicht über die kaum noch nachzuvollziehende Bauentwicklung des BER hinweg. Aus meiner Sicht gibt es bei diesem Punkt nichts schönzureden. Die letzten Etappen müssen nun schnell vorgebracht und der BER endlich fertiggestellt werden. Für alle Karlshorster bedeutet die Schließung von Tegel vor allem kürzere Reisezeiten – insbesondere wenn der Regionalbahnhof erhalten bleibt. Auch deswegen ist es gut und richtig, dass Tegel – nach der Eröffnung des Flughafens BER – endlich geschlossen wird.

Der Wohnungsneubau ist ein unumgänglicher Schritt, um bezahlbaren Wohnraum für die Menschen zu schaffen. Ohne Neubau ist es nicht möglich, dass wir in Berlin wieder zu gerechten Mieten wohnen können. Daher setze ich mich dafür ein, dass in Berlin schnell und viel gebaut wird. Verdichtungen des Wohnumfeldes sind dabei eine logische Folge, vor der man sich aus meiner Sicht nicht verschließen sollte. Das bedeutet aber nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger das Baugeschehen vor ihrer Haustür kommentarlos hinnehmen sollen. Vom Grundsatz ausgehend, dass gebaut werden muss, können in gemeinsamer Diskussion zwischen den Beteiligten Kompromisse gefunden werden, sodass sich auch die Menschen vor Ort noch in ihrem Kiez zu Hause fühlen. Ich bin der Meinung, dass nach diesem Konzept der Neubau in der Art und Weise gestaltet werden kann, dass sich ein bestehendes Wohnumfeld nicht komplett verändert, sondern seinen Charakter behalten kann. Einer befürchteten Verschattung kann oftmals entgegengewirkt werden, indem, je nach Möglichkeit, das Gebäude eine Etage niedriger geplant wird oder der Grundriss weniger blockhaft gestaltet wird. Auch Grünflächen oder Spielplätze für Kinder gehen nicht vollständig verloren, sondern können neu angelegt werden.

7. Bildung / Jugend / Kultur / Generationengerechtigkeit

Der Bund muss künftig in der Lage sein, die Länder einfacher bei Investitionen in die Bildungsinfrastuktur zu unterstützen – von der Kita bis zur Universität und vom Schuldach bis zum Schulbuch. Das Kooperationsverbot muss aufgehoben werden. Es kann nicht angehen, dass der Bund in Flughäfen und Straßen investieren darf, aber nicht im ausreichenden Maße in die Zukunft unserer Kinder und somit in die Zukunft unserer Gesellschaft. Zu guter Bildung und zu modernem Unterricht gehören nicht nur gut ausgestattete Schulen, sondern auch gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen mehr Investitionen in den Nachwuchs insbesondere in den MINT-Fächern. Diesen Lehrerinnen und Lehrern müssen dann moderne Mittel der Unterrichtsgestaltung an die Hand gegeben werden. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Digitalisierung der Schulen. Hierzu gehört, dass

Klassenräume mit Internetzugängen ausgestattet werden, damit neue Medien wie interaktive Whiteboards in ihrer vollen Funktionsvielfalt genutzt werden können. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung sein. Hierfür müssen neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickelt werden. Digitalisierte Lernmaterialien müssen offen zur Verfügung stehen, wofür verstärkt offene Bildungsinhalte (Open Educational Resources) genutzt werden sollen. Damit das funktioniert, brauchen wir vernetzte digitale Lern-Plattformen. Wichtig ist, dass wir aber überall gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben. Hier darf nicht der Egoismus einzelner Bundesländer entscheiden sein, sondern wir müssen das Problem des Lehrermangels solidarisch angehen. Es wird Zeit, dass wir hierzu bundesweit eine Lösung finden. Die gilt es auf den Weg zu bringen. Wir haben in Bezirk einen Kulturentwicklungsplan auf dem Weg gebracht. Somit verstetigen und spezialisieren wir unsere kulturellen Angebote im Bezirk. Unser kulturelles Angebot im Bezirk ist vielfältig, erreicht aber noch nicht alle. Hier müssen wir stärker die Zielgruppen und Wunschgruppen analysieren. Kultur muss bezahlbar sein und da braucht es mehr Förderung vom Bund. Nutzen wir die Chance, dass das Theater Karlshorst oder das Hubertusbad wieder genutzt werden. Beides sind Einrichtungen mit Geschichte. Nutzen wir diese. Der Bezirk sollte auch weiter seine Gedenkorte nutzen und das Angebot ausbauen. Auch hier können wir Mittel durch den Bund noch stärker nutzen.

8. Innere und äußere Sicherheit

Es ist die Aufgabe eines jeden Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dafür brauchen wir gut ausgerüstete und motivierte Polizistinnen und Polizisten sowie einen wertschätzenden Umgang mit diesen. Gerade in Großstädten erhöhen wir die Sicherheit, wenn wir wieder mehr Polizeikräfte auf die Straßen bringen. Hier sind die Bundesländer in der Pflicht. Der Staat muss stets für die beste Sicherheit unter Beachtung der Freiheit des Einzelnen sorgen. Wer verspricht, durch Videoüberwachung, Burkaverbote oder Fußfesseln würde sich die Sicherheit der Menschen erhöhen, geht fahrlässig mit unseren Freiheitsrechten um. Das gilt auch für die Sicherheit vor terroristischen Anschlägen. Gerade nach dem Anschlag am Breitscheidplatz im Dezember dürfen wir die Sicherheitsdebatte weder dramatisieren noch schön reden. Wir müssen besonnen bleiben – sonst gewinnen die Terroristen. Eine ausreichende Polizeipräsenz, eine gute Ausrüstung der Sicherheitskräfte, eine intensiviertere europäische Zusammenarbeit und eine effektive Anwendung der bestehenden Gesetze sind der beste Weg, um die Sicherheit in Deutschland so weit als möglich zu gewährleisten.

9. Demokratisches Miteinander und Toleranz

In den letzten zwei Jahren sind viele schutzsuchende Menschen zu uns gekommen. Diese Tatsache hat die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Nach der Unterbringung und der Schaffung von Angeboten in allen möglichen Bereichen geht es nun vorrangig um die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt, die Schaffung von Bildungsangeboten und Förderungen zum Erlernen der deutschen Sprache. Es bedarf aber auch einer konzertierten Strategie für die Gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland. Eine Obergrenze für Flüchtlinge lehne ich ab. Sie ist weder mit dem Grundrecht auf Asyl vereinbar noch, noch entspricht das dem Anspruch einer humanitären Politik. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, müssen unseren Schutz in Form des Asylrechts erhalten. Fluchtursachen müssen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Zerfallende Staaten müssen stabilisiert und Gewalt und Bürgerkriege eingedämmt werden. Dafür brauchen wir eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und die weltweite Achtung der Menschenrechte. Ich begrüße die „Ehe für Alle“, da für mich die vollständige Gleichstellung von homosexuellen Paaren wichtig und richtig ist. Weiterhin setze ich mich dafür ein, die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen zu stärken. Das bedeutet nicht nur, ihre soziale und rechtliche Lage zu verbessern. Bereits in Kita und Schule sollten verschiedene Lebensweisen sowie sexuelle und geschlechtliche Identitäten zum Thema gemacht werden – alters- und entwicklungsgerecht. Menschen müssen unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können. Das schließt gleiche Rechte und Pflichten mit ein. Die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Grundgesetz müssen um die sexuelle Identität erweitert werden. Weiterhin setze ich mich dafür ein,

die soziale und rechtliche Lage von Transsexuellen und Transgendern zu verbessern und Initiativen gegen Homophobie und Transphobie zu stärken.

10. Nah am Bürger

Ich möchte meine politische Arbeit auch im Bundestag weiterhin bürgernah gestalten und tief in Lichtenberg verwurzelt bleiben. Dazu würde ich gerne im Norden, in der Mitte und im Süden Lichtenbergs ein BürgerInnenbüro eröffnen, um vor Ort sofort für Lichtenbergerinnen und Lichtenberger ansprechbar zu sein. Dort biete ich dann auch regelmäßig Sprechstunden an. Außerdem werde ich meine Touren durch den Bezirk fortsetzen, die ich schon als Fraktionsvorsitzender der SPD Fraktion Lichtenberg begonnen habe. Hierbei könnten die Touren auch so gestaltet werden, dass sie sich jeweils auf ein bestimmtes Gebiet, wie zum Beispiel Karlshorst, beziehen. Als frisch gewählter Bundestagsabgeordneter wird eine meiner ersten Amtshandlungen, eine Terminvereinbarung mit der Deutschen Bahn sein, um sie von der Notwendigkeit des Regionalbahnhofs Karlshorst zu überzeugen. Vielleicht hören sie ja mehr auf einem Bundestagsabgeordneten!